

Deutschland-Bad Homburg v. d. Höhe: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 96/2023 19/05/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bad Homburg v. d. Höhe - Der Magistrat, Fachbereich Recht - Vergabestelle -

Postanschrift: Bahnhofstraße 16 - 18

Ort: Bad Homburg v. d. Höhe

NUTS-Code: DE718 Hochtaunuskreis

Postleitzahl: 61352

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@bad-homburg.de

Fax: +49 61721003099

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.bad-homburg.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18805c0c6ac-4e3d21f2288a84ee

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.had.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Stadtgebiet Bad Homburg, Entwässerungsnetz, EKVO-Inspektion - Ingenieurleistungen
Referenznummer der Bekanntmachung: HG-2023-0091

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Ingenieurleistung und fachliche Beratung

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71311000 Beratung im Tief- und Hochbau

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE718 Hochtaunuskreis

Hauptort der Ausführung: Stadt Bad Homburg v. d. Höhe - Der Magistrat Fachbereich Tiefbau
- Stadtentwässerung 61343 Bad Homburg v. d. Höhe

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe beabsichtigt in den Jahren 2024 bis 2028 ca. 260 km des Kanalnetzes per TV-Inspektion untersuchen zu lassen mit den Zielen die Anforderungen der EKVO zu erfüllen und schadhafte Kanäle zu sanieren. Die Vorbereitung, Ausschreibung und Begleitung der TV-Inspektion sowie der anschließenden Auswertung, Zustandsklassifizierung und konzeptionellen Sanierungsplanung sollen an ein leistungsfähiges Ingenieurbüro vergeben werden.

Jährlich sollen ca. 50 km Kanäle und deren Schächte untersucht werden. Die Inspektionsleistung ist einmalig für den gesamten Umfang auszuschreiben und die Vergabe ist zu begleiten. Die Schacht- und Haltungsinspektion ist von dem Ingenieurbüro vorzubereiten, zu koordinieren und zu begleiten. Die Abwicklung erfolgt in Inspektionsaufträgen, die jeweils ca. 5 bis 10 km groß sind. Die Inspektionsergebnisse sind von dem Ingenieurbüro einer Qualitätssicherung zu unterziehen. Es ist eine Zustandsklassifizierung nach DWA M149-3 durchzuführen. Abschließend sind jeweils gebietsweise Sanierungskonzepte zu erstellen. Es ist eine enge Abstimmung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber geplant. Vorgaben bezüglich der Arbeitsabläufe und der Datenformate sind zu beachten. Für das Datenmanagement und den Import in die Systeme bestellt der Auftraggeber einen Dritten, mit dem sich das beauftragte Ingenieurbüro ebenfalls abstimmen muss.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektabwicklung/Projektteam / Gewichtung: 60,00

Preis - Gewichtung: 40,00

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/09/2023 Ende: 31/12/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Es wird eine Vertragsverlängerungsoption für drei weitere Jahre, also bis 31.12.2028 vereinbart. Es besteht kein Anspruch auf fortlaufende Beauftragung über die volle Laufzeit nach den ersten beiden Jahren. Die beabsichtigte Fortsetzung soll jährlich verlängert werden.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Vgl. Anlage "Wertungsmatrix Eignung"; die Rangfolge ergibt sich anhand der Punktebewertung.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es wird eine Vertragsverlängerungsoption über 3 Jahre (01.01.2026-31.12.2028) vereinbart (s. auch Abschnitt II.2.7)).

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Bewerbungsbogen; Angaben zur Berufsausübung
- 124 - Eigenerklärung zur Eignung
- Eigenerklärung zu Art. 5k (Teil 1)
- Eigenerklärung zu Art. 5k "Eignungsleihe, Nachunternehmen, Lieferanten" (Teil 2)
- Erklärung zu Bieter-/Arbeitsgemeinschaft gem. Formular 234 (soweit zutreffend)

Geforderte Eignungsnachweise, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer ausgedruckten und unterzeichneten Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Bewerbungsbogen; Angaben zu Versicherung, Umsatz
- 124 - Eigenerklärung zur Eignung
- Erklärung zur Inanspruchnahme von Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen gem. Formular 235 sowie Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen gem. Formular 236 (soweit zutreffend)

Geforderte Eignungsnachweise, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer ausgedruckten und unterzeichneten Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE).

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Bewerbungsbogen; Angaben zu Referenzen, Beschäftigte, Bürodarstellung
- 124 - Eigenerklärung zur Eignung

Geforderte Eignungsnachweise, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer ausgedruckten und unterzeichneten Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE).

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen sind Bewerber, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Ingenieur" zu tragen oder nach der EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU vom 20.11.2013, bzw. nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz vom 6.12.2011, zuletzt geändert am 29.3.2017, berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Auf Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 wird verwiesen.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 20/06/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 03/07/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

VI.3. Zusätzliche Angaben

Anhand der vorgelegten (Teilnahmeantrags-) Unterlagen erfolgt die Auswahl von bis zu 5 Anbietern. Der Auftraggeber behält sich vor, die Bewerber zur persönlichen Vorstellung einzuladen.

Die Eignungsprüfung und Bewertung erfolgt auf Grundlage der in der Wertungsmatrix (Teilnahmewettbewerb) genannten Eignungskriterien. Die Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber wird auf 5 begrenzt. Die Rangfolge bestimmt sich anhand der erreichten (höheren) Punktzahl.

Die interessierten Unternehmen können im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs, die aufgeforderten Bieter auch in der Angebotsphase Fragen zum Vergabeverfahren stellen. Sie sind grundsätzlich über die Vergabepattform einzureichen. Es ist darauf zu achten, dass die Fragen so formuliert sind, dass keine Rückschlüsse auf die Identität des Fragestellers möglich sind. Die aufgrund der eingegangenen Fragen erarbeiteten Antworten werden - falls sie für alle Bewerber/Bieter von Interesse sind - über die Vergabepattform beantwortet.

Die von dem Bewerber/Bieter zur Verfügung gestellten, auch personenbezogenen Informationen und Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens gem. DSGVO erfasst, organisiert, gespeichert und verwendet. Auftraggeber, Verfahrensbetreuer und ggf. weitere beteiligte Behörden verwenden diese Daten ausschließlich für dieses Verfahren und geben diese nur in unten beschriebenem Umfang an Dritte weiter. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens, des Rechnungsprüfungsverfahrens und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist werden die Daten gelöscht. Die Abgabe einer Datenschutzerklärung ist Voraussetzung für die Berücksichtigung des Teilnahmeantrags des Bewerbers bzw. des Angebotes des Bieters.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283
Land: Deutschland
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Antrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB).

Ein Antrag ist unzulässig, wenn Verstöße gegen Vergabevorschriften, die auf Grund dieser Bekanntmachung (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB) oder in den Vergabeunterlagen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 GWB) erkennbar sind, nicht bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.

Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen.

Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB).

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

15/05/2023